

Zeitschrift: DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen
Herausgeber: Verein DrogenMagazin
Band: 17 (1991)
Heft: 4

Artikel: Zwischen Friedenshoffnungen und Verzweiflung
Autor: Frehner, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801375>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwischen Friedenshoffnungen und Verzweiflung

Ein halbes Jahr ist es her,
seit sich der wohl
berühmteste und
berüchtigtste Drogenboss
der Welt mitsamt einer
Leibgarde selbst ins
Gefängnis brachte: Pablo
Escobar, einer der Koka-
Könige Kolumbiens.
Während das Ausland –
unter Federführung der US-
amerikanischen Politik und
Medien – beinahe einhellig
Empörung markierten,
feierten viele Kolumbianer
den Schritt Escobars über
die Gefängnischwelle in
Envigado als ersten Erfolg
zu mehr Frieden.

VON PETER FREHNER

Geht er, oder geht er nicht? Während Monaten kursierten im In- und Ausland die wildesten Gerüchte darüber, ob die vom 84-jährigen Priester Don Rafael Garcia Herrero vermittelte Selbst-Auslieferung des umstrittenen Drogenbosses Pablo Escobar stattfinden und wie hoch der „Preis“ dafür sein würde.

In der Öffentlichkeit bekannt geworden sind vorwiegend zwei Punkte, die die Mafiosis dem plötzlich diskussionsbereiten kolumbianischen Staat abverlangten: Zum einen musste der unter dem

Diktat der USA Ende der 70-er Jahre unterzeichnete Staatsvertrag über die Auslieferung von Drogenhändlern, die den grossen Yankee-Bruder im reichen und süchtigen Norden mit Koks beliefert hatten, vom kolumbianischen Parlament akzeptiert werden. Zweitens musste der Staat akzeptieren, dass sich der 41-jährige Escobar, der als Sohn eines einfachen Bauern geboren worden war, mit seinen Drogenmilliarden sein eigenes Luxusgefängnis nahe der Drogenmetropole Medellín gleich selbst errichten liess. Das Gebäude am Rande von Envigado, dem Geburts- und wohl auch langjährigen Aufenthaltsort des in der Bevölkerung beliebten Don Pablo, war ursprünglich als Drogenentzugsstation für DrogenkonsumentInnen gedacht.

Escobar hielt Wort: Wenige Stunden nachdem die Verfassungsgebende Versammlung am Mittwoch, den 19. Juni in erster Lesung den entsprechenden Verfassungs-Artikel verabschiedet hatte, der die Auslieferung von gebürtigen Kolumbianern an ausländische Staaten mit grosser Mehrheit (bei einigen Enthaltungen) beschlossen hatte, stellte sich Pablo Escobar den Behörden. Die Gerüchte sind bislang nicht verstummt, dass Escobar nicht wenigen der insgesamt 70 Abgeordneten seine persönliche Stimmempfehlung auf die Rückseite eines 2'500 oder 3'000 Dollar-Checks geschrieben habe - keine Sensation in einem seit Jahrzehnten durch Korruption geplagten Land Lateinamerikas.

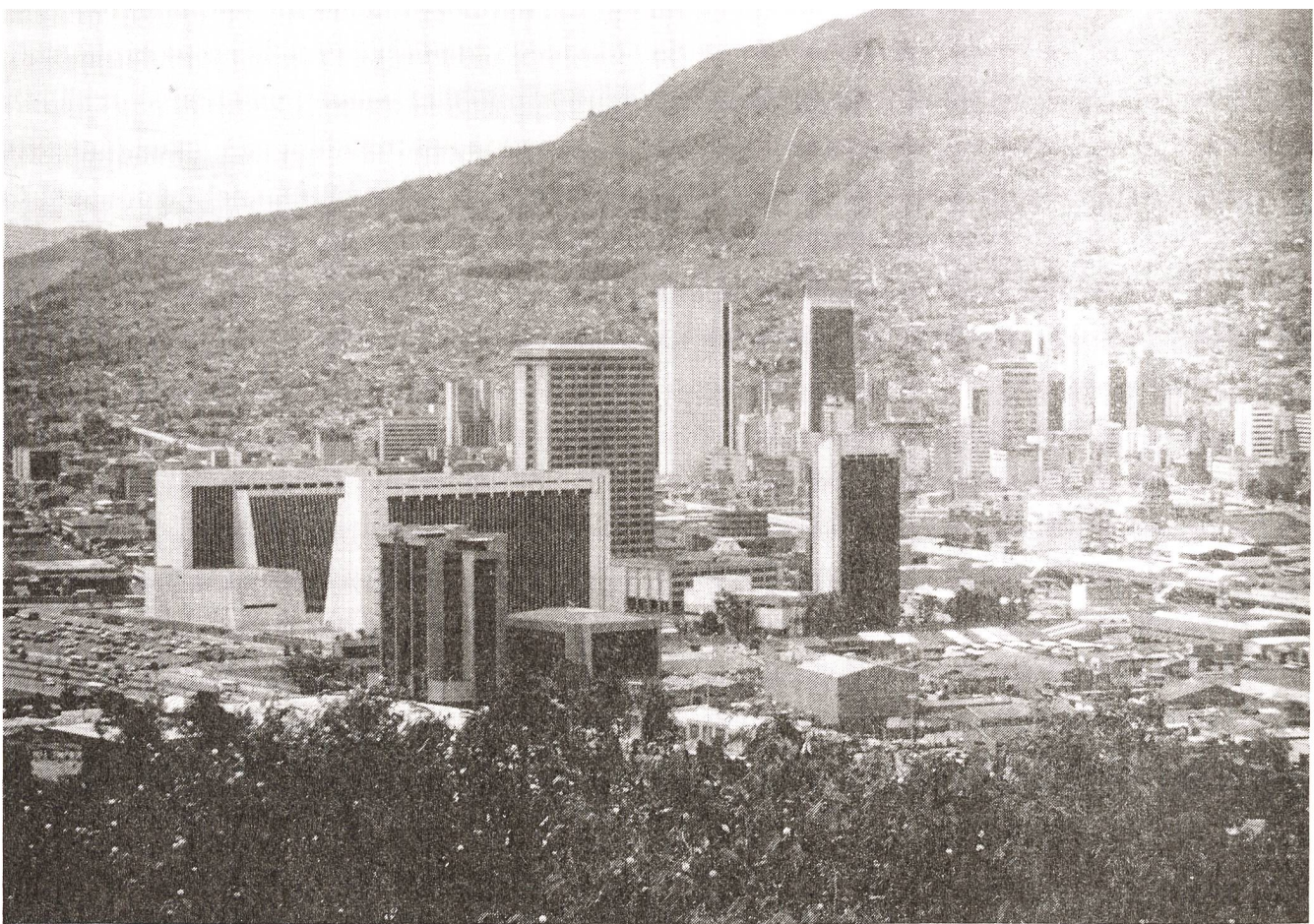
Das Ausland - allen voran die US-amerikanischen Politiker und Medien - reagierte mit einhelliger Empörung auf „den Kuhhandel“ des kolumbianischen Staates mit den Drogen-Verbrechern. Und dies obwohl die Nicht-Auslieferung von BürgerInnen eines souveränen Staates an ausländische Staaten international üblich ist - auch in der Schweiz. Aus kolumbianischer Sicht stellt dieser Akt einen Schritt zur Wiedererlangung der nationalen und juristischen Souveränität dar.

Entwicklungsland trotz Bodenschätzen

Um die Hintergründe dieses Prozess besser begreifen zu können, drängt sich ein Blick in die Geschichte Kolumbiens auf. Trotz reichhaltigen Bodenschätzen und fruchtbaren Ländereien ist Kolumbien ein Entwicklungsland geblieben: Rund drei Prozent der Bevölkerung - die seit Jahrzehnten regierenden etwa 140 Familienclans - besitzen etwa zwei Drittel des kultivierbaren Bodens. Die Bodenfläche ist etwa 30 Mal grösser, als diejenige der Schweiz. 75 Prozent der 30 Millionen Kolumbianerinnen und Kolumbianer leben heute in oder an den Rändern der Grossstädte, allein in Bogotá sind es etwa sieben Millionen. Immer grösser werdende Bevölkerungskreise leben unter dem Existenzminimum: Obwohl Kolumbiens Wirtschaft recht stabil und die Arbeitslosenrate für lateinamerikanische Verhältnisse eher tief ist, findet einer von zehn erwerbsfähigen Männern keine und zwei weitere nur sporadisch Arbeit. Etwa 30 Prozent der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft tätig. Nach wie vor sterben jährlich 50'000 Kinder an Unterernährung - immerhin 130 pro Tag, fünf jede Stunde!

Trotz zunehmender Industrialisierung blieb die Landwirtschaft wichtigster Devisenbringer Kolumbiens. In den vergangenen Jahrzehnten fielen jedoch die Weltmarktpreise für Kaffee, Kakao, Blumen und Bananen kontinuierlich. So sank auch der Anteil der Einnahmen aus dem Kaffeegeschäft beispielsweise zwischen 1955 und 1986 von 83 auf 53 Prozent.

Dieser dramatische Preiserfall hat das Ausweichen auf „rentablere“ Agrarprodukte stark begünstigt: Coca statt „Caco“ wurde zum Motto vieler, da von Cacao und Kaffee nur wenige (über-)leben konnten! Während viele einfache Bauern dank dem Coca-Anbau wenigstens vorübergehend ein einigermaßen



Medellin / Columbien – Foto: Missionshaus Bethlehem, Immensee

akzeptables Einkommen fanden und finden, machten die Drogenhändler das grosse Geschäft dank der Illegalität der Substanz. In kurzer Zeit verdienten die kolumbianischen Drogenhändler riesige Vermögen und bauten sich damit auch legale Wirtschaftsimperien auf.

„Guerra sucia“ - Mord, die Haupttodesursache bei Männern

Der Aufstieg der Drogenkartelle brachte das überlieferte gesellschaftliche und politische Gefüge der kolumbianischen Gesellschaft völlig durcheinander. Die Vormachtstellung der besitzenden Familien schien plötzlich in Frage gestellt, da die Mafiaklans zu eigentlichen ökonomischen - und später auch militärischen - Supermächten innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft heranwuchsen. Wie schon in den 50-er Jahren - während der Phase der „violencia“ - wehrten sich einzelne Sektoren der alteingesessenen Familien gegen diese gesellschaftlichen Veränderungen. In einem politischen Pakt hatten sie 1958 die „Nationale Front“ gegründet und die Macht unter sich aufgeteilt: Die Konservativen und die Liberalen einigten sich, abwechselungsweise alle öffentlichen Ämter während den folgenden 16 Jahre im Vier-

Jahres-Rhythmus zu besetzen, inklusive das Amt des Staatspräsidenten. Andere politische Gruppierungen hatten so kaum Möglichkeiten, sich an der Macht zu beteiligen. Notfalls wurden die Auszahlungen der Wahlstimmen kurzerhand abgebrochen und der vereinbarte Kandidat eingesetzt, etwa am 19. April 1970.

Der 19. April machte allen Kolumbianerinnen und Kolumbianern ein für alle mal klar, dass die herrschende Schicht niemals ein Wahlergebnis akzeptieren würde, das ihren Interessen zuwider laufen könnte. Auf dieses Datum geht denn auch die Gründung der linksradikalen Guerilla-Organisation „Movimiento 19 de Abril (M-19)“ zurück. Angesichts der riesigen sozialen Spannungen und der Weigerung der Oberschicht Kolumbiens, freiwillig in einen grundlegenden politischen und sozialen Wandel des gesellschaftlichen Systems einzuwilligen, war die Gründung verschiedener - teils konkurrierender - Guerilla-Bewegungen naheliegend.

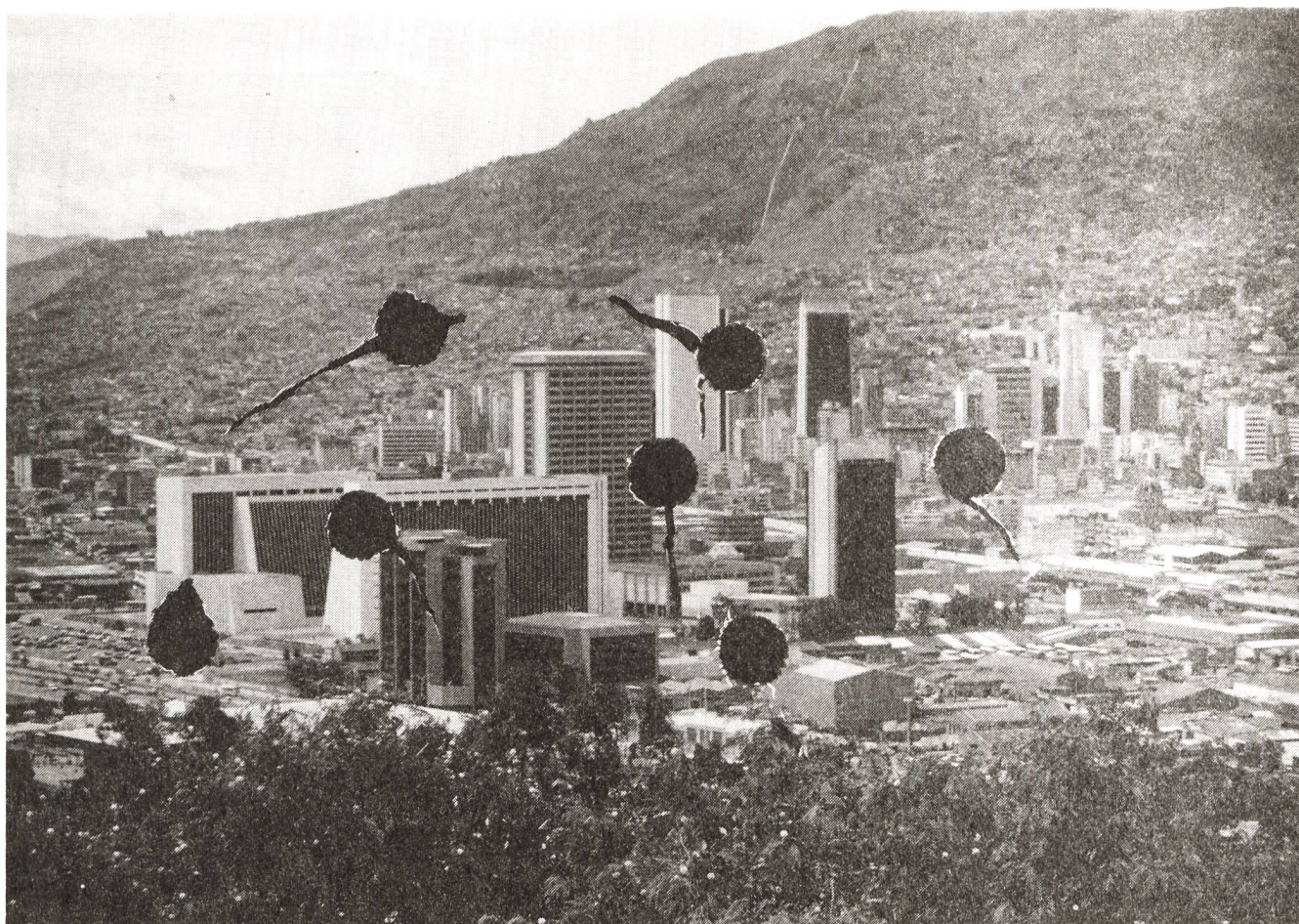
Auf der andern Seite des politischen Spektrums entstanden rund 140 ultrarechte Todesschwadronen, die in enger Zusammenarbeit mit Polizei und Armee die Verteidigung und Aufrechterhaltung der Vormachtstellung der Besitzenden sichern sollte und Jagd auf Gewerkschafter, Bauernführer und Guerilleros machten.

Narco-Terrorismus

Die Narco-Mafia setzte auf andere Strategien: Während sich das Kartell von Cali der Gebrüder Orejuela unauffällig aufs Geschäft konzentrierte und sich durch Investitionen in kolumbianische Unternehmen in Milliardenhöhe eine indirekte, wirtschaftliche Mitsprache sicherte, forderte das Medellín-Kartell zusätzlich unverhohlener eine Mitbeteiligung an der politischen und gesellschaftlichen Macht und Kontrolle. Zudem wollten die Drogenhändler schon damals sicher gestellt wissen, dass sie nicht an die USA ausgeliefert werden.

Das offizielle Polit-System lehnte jedoch einen solchen Handel ab und setzte auf die repressive Karte. Sie hofften darauf, in Zusammenarbeit mit dem nordamerikanischen Drogenpolizisten die Narcos besiegen und aus dem Land - in die US-amerikanischen Gefängnisse - werfen zu können.

Um dies zu verhindern, versuchten die Drogenbosse den Staat mit einem spektakulären Angebot „zu kaufen“: Sie boten nicht weniger als die Aufgabe ihrer (illegalen) Aktivitäten, die Reinvestition ihres beträchtlichen Vermögens und die Übernahme der kolumbianischen Auslandsschulden in der Höhe von 12,5 Milliarden Dollar an. Vergeblich: Nachdem



diese Gespräche zwischen den Drogen-
capos der grossen Kartelle und den nicht
offiziellen Unterhändlern der Regierung
in Panama scheiterten - unter ihnen Al-
fonso Lopez Michelsen, immerhin ein
früherer Präsident Kolumbiens - eska-
lierte die Gewalt.

„Lieber ein Grab in Kolumbien, als eine
Zelle in den USA“, lautete die Losung der
Mafia in den Jahren, während denen sie
den Staat mit Gewalt bekämpfte. Auftakt
dazu bildete im Frühjahr 1984 die Ermor-
dung des damaligen Justizminister Rod-
rigo Lara Bonilla - dem Architekten des
Auslieferung-Vertrages zwischen Ko-
lumbien und den USA. Die Hardliner um
den damaligen Präsidenten Belisario Be-
tancurt Quartas, die auf einen gewaltsa-
men Sieg in Zusammenarbeit mit den
USA gesetzt hatten, kündigten daraufhin
den totalen Krieg „ohne Gefängnisse“ an
- und bekräftigten die Auslieferungsab-
sichten an die USA.

Die Narcos waren in der Wahl ihrer
Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht
zimperlich. Es scheint, dass sie für ihre
schmutzige Arbeit auf dem Land zum
Teil auch mit der politischen Guerilla
zusammengearbeitet haben: Die Guerilla
passte auf, kontrollierte und verteidigte
die Anbaugelände und die Drogenmafia
besorgte Produktion und Geschäft.

Zudem wurden Arbeitslose aus den
Slums der Grossstädte zu Sicarios (Be-

rufs-Killern) ausgebildet, die sich so den
Wunsch vom schnellen Geld und einem
besseren Leben ein Stück weit realisieren
konnten. In teils spektakulären Aktionen
massakrierten sie Politiker, Richter und
Journalisten, die für mehr Gerechtigkeit,
die Auslieferung von Drogenhändlern
und die Legalisierung des Anbaus und
Handels von Kokain eintraten. Hier
scheint auch eine Zusammenarbeit der
Narcos mit einzelnen der rund 140 rechts-
radikalen Todesschwadronen möglich.

Die Anzahl der Ermordeten stieg in den
vergangenen Jahren des schmutzigen
Krieges („guerra sucia“) auf 5'000 bis
10'000, letztes Jahr sogar auf über
20'000: Verletzte, Verschleppte und Ver-
schwundene nicht miteingerechnet.
„Nur“ ein kleiner Teil geht direkt auf das
Konto des Medellín-Kartells. Mord wur-
de in Kolumbien für Männer zwischen 15
und 44 Jahren zur Haupttodesursache.

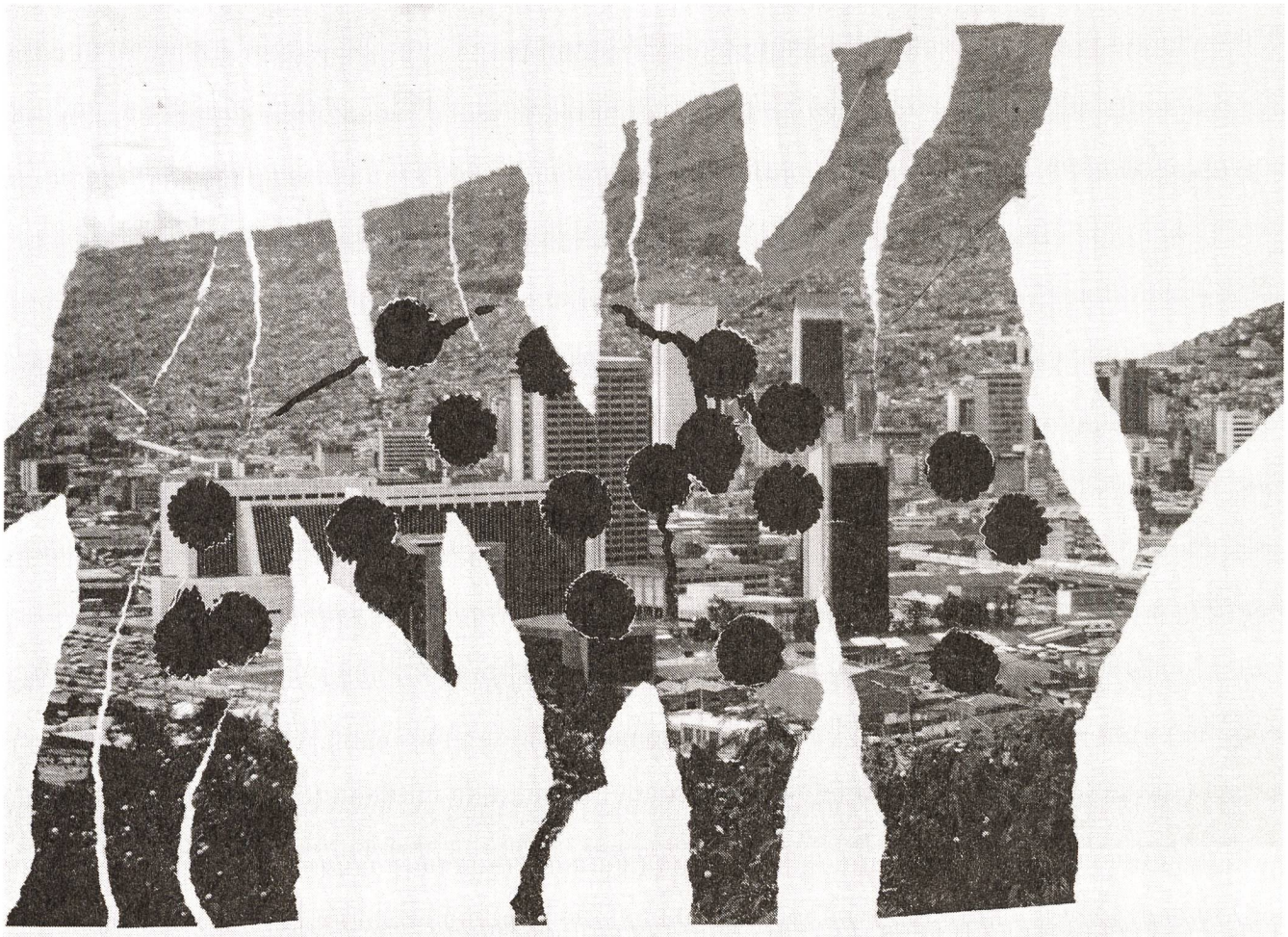
Chancen für den Frieden

Als historische Wende in der Geschichte
Kolumbiens könnten die ersten offiziellen
Gespräche zwischen der M-19 Guerilla
und dem Staat in der zweiten Hälfte der
80-er Jahre bezeichnet werden. Plötzlich
schien ein nationaler Versöhnungs-
prozess und damit ein Ende der linksmo-

tivierten Gewalt - möglich. Vorbedin-
gung dafür, dass die Guerilla ihre Waffen
niederlegen würde, war die Bereitschaft
der politischen Kräfte, die Guerilla zu den
nächsten freien Wahlen zuzulassen und
das Abstimmungsergebnis des Volkes
zum ersten Mal in der Geschichte des
Landes zu respektieren. Obwohl der Ver-
söhnungsprozess von verschiedener Sei-
te immer wieder torpediert wurde, gelang
es Präsident Virgilio Barco im Januar
1989 das „Movimiento de 19 de abril“ zu
einem vorläufigen Waffenstillstand zu
bewegen, dem sich noch im gleichen Jahr
zwei weitere Gruppen anschlossen. In
den Parlaments- und Gemeindewahlen
errangen die ehemaligen Guerillacom-
mandantes durchwegs sehr gute Ergeb-
nisse - wenn sie nicht vorher von Todes-
schwadronen oder Narco-Terroristen
umgebracht wurden.

Barco war es auch, der einsah, dass sich
die Profitrate im grossen Drogengeschäft
nicht erschiessen lassen würde und auch
mit den Drogenbossen ein Frieden ge-
schlossen werden musste: Er bot ihnen
Straferleichterungen an für den Fall, dass
sie sich stellen würden. Gleichzeitig be-
deutete diese Kehrtwendung eine Absage
an den grossen „war on drugs“ - den
Krieg gegen die Drogen - wie ihn die
USA seit Jahren predigen.

Unter dem letzten Jahr zum Präsidenten
gewählte Liberalen Cesar Gaviria scheint



nun das „Friedensabkommen“ perfekt geworden zu sein: Während verschiedene Capos in früheren Jahren inhaftiert und an die USA ausgeliefert oder auf der Flucht erschossen wurden, sitzt beinahe die gesamte Führungsspitze des Medellín-Kartells in Envigado ein. Dass damit die Kartelle zerstört und der Handel mit Drogen unterbunden werden könnte, glaubt jedoch auch Gaviria nicht, wie er in einem Interview mit einer amerikanischen Zeitung einräumte. Die Hoffnung vieler Kolumbianer besteht jedoch darin, dass eine Abnahme des Terrors im Alltag spürbar wird. Kurzfristig scheint es sogar zu einem nochmaligen Anstieg der Gewaltkriminalität gekommen zu sein, da viele der jugendlichen Sicarios plötzlich brotlos geworden sind und sie sich zu „gewöhnlichen“ Kriminellen wandeln, wenn ihnen nicht eine legale Arbeitsmöglichkeit geboten werden kann. Die Verlagerung der Produktion von Kokapaste in die Hauptproduktionsländer Peru und Bolivien ist in vollem Gange. Zudem zeichnet sich ab, dass auch der Schmuggel neue Wege über Paraguay und Brasilien geht. Möglicherweise hat Kolumbien mit der Inhaftierung Escobars einen Schritt hin zur „Verstaatlichung“ der Produktion und des Handels

mit Drogen unternommen und sich auf die Duldung und Integration des Drogengeschäfts in die nationale Wirtschaft besonnen: Sicher scheint, dass der best bewachte Staatsangestellte aus dem Gefängnis heraus seinen - vielleicht sogar heute ausschliesslich legalen - Geschäften nachgehen und die Drogendollars in Kolumbien reinvestieren kann. Auf illegale Geschäfte angewiesen ist er auf jeden Fall nicht mehr!

Escobar scheint damit fürs erste mehr erreicht zu haben, als er sich 1984 erhoffen durfte, als er zwischen einem Grab in der heimatlichen Erde und einer Gefängniszelle in den USA wählen konnte. Beschützt von seinen früheren Häschern ist er künftig auch vor den Anschlägen der andern Drogenkartelle geschützt: Der Gitterzaun und die staatlichen Aufseher wehren so eher „unerwünschte Besucher“ ab, als dass damit ein Ausbruch verhindert werden müsste. Ihm ist so in den nächsten Jahren ein geruhames Leben hinter kolumbianischen Gardinen sicher, sofern er nicht schwerwiegender Delikte beschuldigt und überführt werden kann. Wenn doch, wird er sich seine persönliche Situation wohl noch einmal überlegen müssen.

Obwohl jedermann weiss, dass Escobar

für unzählige Morde verantwortlich gemacht werden kann, gehen alle davon aus, dass die Richter im Zweifelsfall zugunsten des Angeklagten entscheiden und allfällige Zeugen frühzeitig verschwinden werden.

Misstrauen im Volk

Dass das Volk der offiziellen Politik und Wahlen eines Parlamentes insbesondere nach wie vor misstraut, zeigt das Abstimmungsergebnis der Parlamentswahlen vom letzten Oktoberwochenende dieses Jahres. Wie schon 1978, dem offiziellen Ende der Wahlvereinbarung zwischen den Liberalen und Konservativen - dem „Frente Nacional“ - weigerte sich die Mehrheit des Volkes, an den Wahlen teilzunehmen: Nur gerade 33 Prozent - ein Prozent mehr als 1978 - der wahlberechtigten Kolumbianerinnen und Kolumbianer gaben ihre Stimme ab. Gewinnerin der Wahlen war die Liberale Partei des regierenden Präsidenten Gaviria, der damit seine Bemühungen für eine friedliche Lösung der Gewalt-Konflikte mit der Guerilla und den Drogencapos bestätigt sieht. ■